



16. Dezember 2013, Stadthaus N1, Mannheim

4. Mannheimer Bildungskonferenz

Bildung und Integration gemeinsam gestalten

DOKUMENTATION



INHALT DER DOKUMENTATION

Per STRG + Klicken gelangen Sie zu dem gewünschten Kapitel der Dokumentation.

INHALT DER DOKUMENTATION	2
PROGRAMM	3
TEILNEHMENDE INSTITUTIONEN.....	4
RÜCKBLICK MIT AUSBLICK	6
ERÖFFNUNG	8
Dr. Ulrike Freundlieb, Bürgermeisterin für Bildung, Jugend, Gesundheit	8
GRÜßWORTE	11
Dr. Pia Gerber, Freudenberg Stiftung	11
VORTRÄGE	14
A Prof. em. Dr. Klaus J. Bade, Berlin Kulturelle Vielfalt, Identität und Bildung in der Einwanderungsgesellschaft	14
B Dr. Tanja Mangold Entwicklungsplan Bildung und Integration	20
PROTOKOLLE DER ARBEITSGRUPPEN	22
Fachforum 1 Frühkindlicher Bereich	22
Fachforum 2 Allgemeinbildendes Schulsystem.....	24
Fachforum 3 Berufliches Schulsystem.....	26
Fachforum 4 Non-Formale Lernwelten am Bsp. der Jugendarbeit	28
ERGEBNISSE DER FACHFOREN.....	30
PODIUMSGESPRÄCH	31
PRESSEMITTEILUNG ZUR KONFERENZ	33
KONTAKT ZUR AHA! BILDUNGSOFFENSIVE MANNHEIM	37



PROGRAMM

- 09:30 Uhr Eintreffen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Begrüßungskaffee)
- 10:00 Uhr **Eröffnung**
Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb
- Grußworte**
Dr. Pia Gerber, Freudenberg Stiftung
- 10:30 Uhr **Kulturelle Vielfalt, Identität und Bildung**
Prof. em. Dr. Klaus J. Bade, Berlin
- Entwicklungsplan Bildung und Integration**
Dr. Tanja Mangold, Stadt Mannheim
- BLICK ÜBER DEN TELLERRAND – Mittagsimbiss**
- 13:00 Uhr **PARALLELE FACHFOREN**
Wissenschaft und Praxis in der Diskussion zur Umsetzung vor Ort
- I. Frühkindlicher Bereich
 - II. Allgemeinbildendes Schulsystem
 - III. Berufliches Schulsystem
 - IV. Non-formale Lernwelten am Beispiel Jugendarbeit
- 15:15 Uhr **Vorstellung der Handlungsempfehlungen und Umsetzungsansätze aus den 4 Fachforen**
- 15:45 Uhr **Podiumsgespräch**
Bilkay Öney, Ministerin für Integration Baden-Württemberg
Prof. em. Dr. Klaus J. Bade, Berlin
Dr. Antje Becker, Geschäftsführerin Gemeinnützige Hertie-Stiftung
Dr. Ulrike Freundlieb, Bürgermeisterin für Bildung, Jugend, Gesundheit Stadt Mannheim
- 16:45 Uhr Ende
- Moderation: Jutta Fuchs-Hornyak, KOMM Heidelberg

TEILNEHMENDE INSTITUTIONEN

Agentur für Arbeit Mannheim
Akademischer Dialog Kreis ADK e.V.
Astrid-Lindgren-Schule
BASF – Offensive Bildung, Ludwigshafen
BBQ Berufliche Bildung gGmbH
Begegnungsstätte Westliche Unterstadt
Bertha-Hirsch-Grundschule
Bezirksbeirat Neckarstadt-Ost
Biotopia gGmbH
Business & Bildung e.V.
Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
BZI
Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat
Caritasverband Erzdiözese Freiburg e.V.
Caritasverband Mannheim e.V.
Carl-Benz-Schule
Carlo Schmid Schule
Der Paritätische
Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Mannheim e.V.
Diakonisches Werk Mannheim
Diesterwegschule
Duha e.V.
Eberhard-Gothein-Schule
Eine-Welt-Forum Mannheim e.V.
Elisabeth-Gymnasium
Evangelische Kirche in Mannheim
Familienbildungsstätte
FDP-Fraktion im Gemeinderat
Feudenheim-Gymnasium
Feudenheim-Realschule
Förderband e.V.
Freie interkulturelle Waldorfschule
Freie Wähler Mannheimer Liste im Gemeinderat
Freireligiöser Wohlfahrtsverband
Freudenberg Stiftung
Friedrich-Ebert-Schule
Friedrich-List-Schule
Gemeinnützige Hertie Stiftung
Gemeinschaftszentrum Jungbusch
Gesamtelternbeirat
Geschwister-Scholl-Gymnasium
Gustav-Wiederkehr-Schule
Handwerkskammer Mannheim/RNO
Heidehof Stiftung
Helene Lange Schule
Hermann-Gutzmann-Schule
Hochschule Mannheim
Humboldt Werkrealschule
Humboldtgrundschule
IHK Rhein-Neckar
ikubiz Neckarstadt – Bildung im Stadtteil
InteGREATER e.V.
Interkulturelles Bildungszentrum ikubiz
Internationaler Bund Mannheim
Internationaler Mädchentreff/SJR Mannheim e.V.
Jobcenter Junges Mannheim
Jobcenter Mannheim
Johannes-Kepler-Schule
Johannes-Kepler-Schule Werkrealschule
Jüdische Gemeinde
Jugendkulturzentrum Forum
Jungbuschschule
Justus-von-Liebig-Schule
Käfertalschule
Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
Karl-Friedrich-Gymnasium
Katholische Familienbildungsstätte Mannheim
Katholische Gesamtkirchengemeinde
Katholischer Kappeskindergarten
Katholischer Kindergarten St. Konrad
Katholischer Kindergarten Heilig Kreuz
Katholischer Kindergarten St. Pius
Katholisches Eltern-Kind-Zentrum St. Bernhard
Katholisches Kinderhaus St. Franziskus
Katholisches Kinderhaus St. Theresia
Kinder- und Jugendhilfzentrum Wespın-Stift
Kindergarten Edith Stein
Kindergarten St. Raphael
Kinderhaus Dorothea Wespın
Kindertagesstätte St. Josef
KulturQuer QuerKultur e.V.
Kultusministerium Baden-Württemberg

Kunsthalle Mannheim
Landeselternbeirat
Lessing-Gymnasium
Liselotte-Gymnasium
Louis Leitz Stiftung
Mannheimer Abendakademie
Mannheimer Akademie für Soziale Berufe
Maria-Montessori-Schule
Marie-Curie-Realschule
Max-Hachenburg-Schule
Mehrgenerationenhaus Mannheim
Meister-Eckehart-Schule Buchen
Merkur Akademie Mannheim
Metropolregion Rhein-Neckar GmbH
Migrationsbeirat Stadt Mannheim
mopäd mannheim
Muslimische Hochschul Gruppe
Neckarschule
Odilienschule
Orientalische Musikakademie Mannheim
Pangea Lernzentrum Mannheim
Pestalozzischule
Plus e.V.
Regierungspräsidium Karlsruhe
SEMA Schulen
Software AG Stiftung
Sokrates Mannheim

SPD-Fraktion im Gemeinderat
Sportkreisjugend Mannheim
Staatliches Schulamt Mannheim
Staatliches Schulamt Rastatt
Stadt Bremen
Stadt Duisburg
Stadt Duisburg, Dezernat f. Familie, Bildung,
Kultur
Stadt Ludwigshafen
Stadt Mannheim – FB Tageseinrichtungen und
Tagespflege für Kinder
Stadt Mannheim FB Bildung
Stadt Mannheim Jugendamt
Stadt München
Stadtjugendring Mannheim e.V.
Tulla-Realschule
Türkisch-Deutscher-Bildungsverein
Uhland-Grundschule
Universität Mannheim
Verein für Sozialplanung e.V.
vhw e.V. Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung
Waldhofschule
Werner von Siemens Schule Mannheim
Wilhelm-Busch-Schule
Zentrum für Europäische Wirtschaftsfor-
schung GmbH (ZEW)

RÜCKBLICK MIT AUSBLICK

4. MANNHEIMER BILDUNGSKONFERENZ

Bildung und Integration gemeinsam gestalten

Die Stadt Mannheim hat sich den Aufgaben, die sich aus den Folgen des demografischen Wandels ergeben, gestellt. Wesentlich für die erfolgreiche Bewältigung der Veränderungsprozesse ist dabei die Ausrichtung auf eine gezielte, fördernde Bildungs- und Integrationsarbeit, um die Kinder und Jugendlichen unserer Kommune möglichst optimal zu unterstützen. Diese Unterstützung junger Menschen mit Migrationsgeschichte auf ihrem Bildungsweg ist eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich neben Bund und Ländern die Kommunen gemeinsam mit vielen Institutionen, Organisationen und Initiativen widmen.

In Mannheim konnten mit den Erkenntnissen aus der Bildungsberichterstattung wichtige positive Entwicklungen aufgezeigt und gleichzeitig weitere notwendige Schritte identifiziert werden. Auf dieser Basis wurde im Sommer 2013 im Bildungsdezernat ein erster „Entwicklungsplan Bildung und Integration“ erarbeitet.

Im Rahmen der 4. Mannheimer Bildungskonferenz „Bildung und Integration gemeinsam gestalten“ waren über 270 interessierte Fachkräfte aktiv, um die Zusammenarbeit vor Ort am Thema Bildung und Integration zu intensivieren.

Bürgermeisterin Dr. Freundlieb eröffnete die Veranstaltung und brachte ihre Freude über das große Interesse an der Konferenz zum Ausdruck. Sie machte deutlich, dass die Bildungschancen in Mannheim nach wie vor ungleich verteilt sind. Bei Kindern mit Migra-

tionsgeschichte sind geringere Bildungserfolge nachzuweisen als bei Kindern ohne Migrationsgeschichte. Als Reaktion darauf haben Politik und Verwaltung eine gemeinsame Hausaufgabe abgeleitet: Die Entwicklung einer auf langfristigen Wandel angelegten Strategie zur interkulturellen Öffnung der kommunalen Bildungspolitik und zur Erhöhung des Bildungserfolgs der in Mannheim lebenden Kinder und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte.

Frau Dr. Freundlieb beschrieb den Hintergrund und den Entstehungsprozess des Entwicklungsplans Bildung und Integration. Darüber hinaus umriss sie das Ziel der 4. Mannheimer Bildungskonferenz mit der Aufnahme von Impulsen und Anregungen der Teilnehmenden und skizzierte die Weiterentwicklung mit allen Kooperationspartnern und deren Maßnahmen, hin zu einer vollständigen Datenlage bis 2016/17, die in Controllingberichten fortgeschrieben werden soll.

In den anschließenden Grußworten von Frau Dr. Gerber, Freudenberg Stiftung, bekräftigte diese das Interesse am weiteren, themenbezogenen Engagement in Mannheim.

Im Hauptvortrag „Kulturelle Vielfalt, Identität und Bildung“ bestärkte der Migrationsforscher Prof. em. Dr. Klaus J. Bade das Mannheimer Engagement für Integration und möglichst gleiche Teilhabechancen, besonders im Bildungsbereich. Damit habe Mannheim zugleich verstanden, „dass es in einer Einwanderungsgesellschaft, nicht mehr nur um ‚Integrationspolitik für Migranten‘ geht, son-

dern um teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle in der Stadt.“

Im Weiteren stellte die städtische Bildungsplanerin Dr. Mangold den Gästen die Eckpunkte des Entwicklungsplans Bildung und Integration vor.

Nach einem kurzen Input seitens der Moderationsteams in den vier Fachforen, nahmen die Diskutanten die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen des Entwicklungsplans in den Fokus und erarbeiteten Anregungen für die Weiterentwicklung. Gesamtmoderatorin Jutta Fuchs-Hornyak veranlasste in der abschließenden Plenumsrunde die Moderatorinnen bzw. den Moderator der Foren zur Abgabe von kurzgefassten Statements zu den Ergebnissen der Fachforen.

Im anschließenden Podiumsgespräch lobte die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney das Vorgehen der Mannheimer Stadtverwaltung und verwies auf Aktivitäten ihres Ministeriums bzw. des Landes, Strukturen und Netzwerke sowie Elternarbeit und Antidiskriminierung zu stärken.

Prof. Bade verstärkte, dass Bildung und Beschäftigung zentral sind für die Beteiligung und attestierte Mannheim eine pragmatische Gelassenheit auf dem richtigen Weg, um der Herausforderung zu begegnen.

Die Vertreterin der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, Frau Dr. Antje Becker, sprach über das Stiftungsengagement in Mannheim und bescheinigte der Stadt, eine offene und damit gute Partnerin zur Umsetzung zukunftsweisender Programme zu sein.

Frau Dr. Freundlieb fasste die Anstrengungen auf der Konferenz und für die Zukunft zusammen: Um die bildungs- und integrations-

politischen Pläne in Mannheim voranzubringen, will die Stadt alle Kooperationspartner und deren Maßnahmen miteinbeziehen und gemeinsam den vorgelegten Entwicklungsplan auf die Ziele der Bildungsgerechtigkeit und Integration ausrichten.

Durch die systematische Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und zugleich einer passgenauen Förderung der Kinder und Jugendlichen sollen letztere unterstützt und damit die Chancengerechtigkeit erhöht werden.



Mit der 4. Mannheimer Bildungskonferenz "Bildung und Integration gemeinsam gestalten" konnte dem breiten Teilnehmerkreis eine aktuelle Bestandsaufnahme aufgezeigt und erste Handlungsempfehlungen aufgelistet werden. Die angekündigte weitere Bearbeitung unter Leitung des Bildungsdezernats wird im Dialog mit den Akteurinnen und Akteuren fortgesetzt.

Die Ergebnisse werden u.a. in der Broschüre „Bildung und Integration“ ihren Niederschlag finden. Die Veröffentlichung ist zum Herbst 2014 vorgesehen und steht dann entsprechend als Download unter www.stadt-mannheim.de zur Verfügung.

ERÖFFNUNG

Dr. Ulrike Freundlieb, Bürgermeisterin für Bildung, Jugend, Gesundheit

Sehr geehrte Gäste der 4. Mannheimer Bildungskonferenz,

ich heiße Sie herzlich im Namen des Oberbürgermeisters Dr. Peter Kurz und des Gemeinderates der Stadt Mannheim zu unserer 4. Bildungskonferenz zum Thema „Bildung und Integration“ willkommen. Ich freue mich zahlreiche Mitglieder des Gemeinderates begrüßen zu dürfen.

Mein herzliches Willkommen gilt insbesondere Herrn Prof. Bade, der Ihnen allen als national und international renommierter Migrationsforscher bekannt ist und seine Forschungsergebnisse auch pointiert in die öffentliche Diskussion einbringt. Er wird unseren Blick heute Vormittag für die gesamtgesellschaftliche Dimension unseres Gegenstandes öffnen und heute Nachmittag einer unserer Diskutanten auf dem Podium sein.

Auch Frau Dr. Becker von der Gemeinnützigen Hertie Stiftung möchte ich herzlich begrüßen. Die Hertie Stiftung unterstützt Bildung in Mannheim aktuell mit dem Angebot von Ausbildungslotsen für Werkrealschulen, das mit uns als Pilot entwickelt wurde und bei uns vor Ort eingesetzt wird. Dank an Frau Dr. Becker auch dafür, dass Sie in das heutige Podiumsgespräch die Sichtweise der Hertie Stiftung einbringen wird. Ich begrüße auch die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter weiterer Stiftungen aus nah und fern.

Ebenfalls ein herzliches Willkommen an die Geschäftsführerin der Freudenberg-Stiftung Frau Dr. Gerber. Die Stadt Mannheim und die Freudenberg Stiftung kooperieren erfolgreich



im sozialraumbezogenen Projekt „Ein Quadratkilometer Bildung – Bildung im Quadrat“. Fr. Dr. Gerber bringt als Mitglied des Mannheimer Bildungsbeirates ihre Fachexpertise in die strategische Diskussion über die bildungspolitischen Leitlinien der Stadt Mannheim ein. Als weitere Mitglieder des Beirats darf ich herzlich Dr. Friedhelm Pfeiffer vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung begrüßen.

Ich freue mich über das breite Interesse zahlreicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten der Stadt Mannheim und der Freien Träger. Ich sehe zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Mannheimer Schulen und viele Partner aus dem non-formalen Bildungsbereich. Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

Mein Dank geht auch an das Bundesministerium für Bildung und Forschung, aus dessen Mitteln auch die heutige 4. Mannheimer Bildungskonferenz finanziert wird.

Warum stellt die Stadt Mannheim heute die Eckpunkte ihres „Entwicklungsplans Bildung und Integration“ zur Diskussion? Das Eckpunktepapier reiht sich in die grundsätzliche Ausrichtung der Stadt Mannheim, ihr Handeln

langfristig und strategisch auszurichten. Wir haben uns als Stadt sieben strategische Ziele gegeben. Drei dieser sieben Ziele der Stadt Mannheim liegen unmittelbar im Bildungsbe- reich und sind damit im Dezernat III Bildung, Jugend, Gesundheit verankert: Mannheim will Vorbild für Bildungsgerechtigkeit in Deutsch- land sein; Mannheim ist Vorbild für das Zu- sammenleben in Metropolen und Mannheim etabliert sich als Stadt der Talente und Bil- dung.

Der aktuelle 2. Mannheimer Bildungsbericht hat noch einmal deutlich gemacht, dass die Bildungschancen in Mannheim ungleich ver- teilt sind. Kinder mit Migrationshintergrund haben geringere Bildungserfolge als Kinder ohne Migrationshintergrund. Verwaltung und Politik haben diese Herausforderung als ge- meinsame Aufgabe – man kann im heutigen Kontext auch sagen „Hausaufgabe“ – begrif- fen, eine auf langfristigen Wandel angelegte Strategie zu entwickeln, um die kommunale Bildungspolitik interkulturell zu öffnen und den Bildungserfolg der in Mannheim leben- den Kinder und Jugendlichen mit Migrations- hintergrund zu erhöhen. Die Rahmenbedin- gen für eine solche Strategie sind in Mann- heim sehr gut. Wir haben einen breiten, alle Fraktionen umfassenden Konsens – dass alle Mannheimer Kinder unabhängig von ihrer Herkunft ein Recht auf Teilhabe und Bildung haben. Ich danke den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten aller Fraktion herzlich, dass sie sich dieser Aufgabe gemeinsam mit der Verwaltung verschrieben haben.

Was ist der Inhalt des Entwicklungsplans Bil- dung und Integration? Ausgehend vom 2. Bildungsbericht haben wir die Perspektive noch einmal geschärft und unseren Blick ausgerichtet. In einem ersten Schritt haben wir uns erst einmal gefragt, welche Angebote und Maßnahmen wir als Stadt Mannheim vor- halten. Bevor wir uns die Frage stellten, wie können wir ein mehr an Bildungsgerechtig- keit und Bildungserfolg realisieren, stand die

Überlegung: Was tun wir eigentlich bereits als Stadt Mannheim, um unsere Ziele zu realisie- ren? Wir sind selbstbewusst genug, zu sagen, wir tun in Mannheim schon eine ganze Men- ge, um allen Mannheimer Kindern und Ju- gendlichen mit Migrationshintergrund eine gute Bildung zu ermöglichen. Doch einen Überblick über die Fülle der Angebote hatten wir eigentlich nicht. Deshalb haben wir im ersten Schritt eine sogenannte „Ist-Analyse“ gemacht. Ohne die Bestimmung des Ist- Standes kommt man kaum in die Definition eines realistischen Sollens und Wollens. Die Ist-Analyse umschließt die formalen (z.B. Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufsbildende Schulen) und non- formalen Lernwelten (z.B. Jugendarbeit, Er- zieherische Hilfen, Stadtbibliothek, Gesund- heit).

Ausgehend von der Ist-Analyse haben wir uns einige Ziele gesetzt: Wir haben versucht, uns vom engen statistischen Begriff des Mig- rationshintergrundes zu lösen und die den Begriff inhärenten Erfahrungsdimensionen Herkunft, Ankunft und Sozialisation zu re- flektieren. Ferner haben wir das uns zur Ver- fügung stehende Datenmaterial mit Blick auf interkulturelle Fragestellungen aufbereitet und dieses ziel- und wirkungsorientiert aus- gerichtet. Darüber hinaus zielt der Entwick- lungsplan „Bildung und Integration“ auf einen längerfristigen Veränderungsprozess des kommunalen Bildungssystems. Wer gesell- schaftliche Strukturen verändern möchte, braucht einen langen Atem. Von daher ist der Entwicklungsplan eine Einladung zur Diskus- sion und gesellschaftlichen Debatte über Bil- dungschancen und Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Es geht also in erster Linie nicht darum, neue Projektideen zu generieren, sondern darum, uns neu auszurichten und unser kommunales Bildungssystem „Schritt für Schritt“ interkul- turell zu öffnen und durch flankierende ziel- gruppenspezifische Angebote dazu beizutra-

gen, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund die gleichen Bildungschancen wie alle in Mannheim lebenden jungen Menschen haben.

Wir haben unser Eckpunktepapier mit Zielen und Kennzahlen versehen. Letztlich wollen wir uns überprüfbar machen. Das setzt aber die Einsicht voraus, dass wir Fehler gemacht haben und auch sicherlich weiter machen werden. Es geht also auch darum, uns ein Stückweit in Frage zu stellen und eine entsprechende Fehler-Kultur zu entwickeln. Nichts ist schlimmer, als gut gemeinte Projekte und Ansätze, deren Wirkung an der eigentlichen Zielsetzung vorbei geht.

Das Arbeiten mit Zielen und Kennzahlen ist ein Instrumentarium, um hinsichtlich der strategischen Zielsetzung der Stadt Mannheim Steuerungsfähigkeit zu entwickeln und Bildungsgerechtigkeit und Bildungserfolg nachhaltig im kommunalen Bildungssystem zu verankern. Die Kennzahlen rekurrieren auf dem Vergleich von Anteilen und Anzahl. Wir befinden uns in diesem Zusammenhang am Anfang, um strukturelle und zielgruppenspezifische Wirkungszusammenhänge in den Blick zu nehmen.

Wir haben einige der formulierten Ziele und Kennzahlen aus der Bestandsanalyse heraus selbst entwickelt. Ein weiterer Teil der Ziele und Kennzahlen basierte auf dem Integrationsmonitoring der Länder oder entsprechenden Überlegungen aus Hamburg, Hannover oder Bremen.

Im Verlauf des Vormittags wird Frau Dr. Mangold Ihnen die Eckpunkte des Entwicklungsplans Bildung und Integration skizzieren, bevor Sie am Nachmittag in den von Ihnen ausgewählten Fachforen über Details zu den Schwerpunkten frühkindlicher Bereich, schulisches bzw. berufliches Schulsystem sowie non-formale Lernwelten informiert werden. Ich bin sehr interessiert an der Rückmeldung aus den Fachforen, an Ihren Anregungen!



Aktuell haben wir also aus unserer Sicht wichtige Eckpunkte zusammengetragen und können nun innehalten, um uns im nächsten Schritt – also nach der Diskussion mit Ihnen und Ihren Impulsen – an die Entwicklung von Kennzahlen und Zielwerten machen. Das Fernziel, das wir mit dieser Konkretisierung verfolgen, ist eine längerfristige Veränderung des kommunalen Bildungssystems und zwar dahingehend, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund im städtischen Durchschnitt nicht mehr überproportional häufig von Bildungsungleichheit betroffen sind. Vielmehr wollen wir alle am Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen Beteiligten – also eigentlich Alle – dahingehend sensibilisieren und gezielt fortbilden, dass die Erfahrungsdimensionen Herkunft, Ankunft und Sozialisation im Alltagshandeln insbesondere in unseren Bildungsinstitutionen Berücksichtigung finden.

Mir ist es ein wichtiges Anliegen, die bildungs- und integrationspolitischen Pläne in Mannheim voranzubringen. Dazu sollten wir

das Thema Integration im Rahmen unserer Bildungsplanung strategisch-konzeptionell ablegen sowie geeignete Maßnahmen definieren und deren Wirksamkeit überprüfen bzw. gewährleisten. Gemeinsam müssen wir daran arbeiten, die Bedeutung der kulturellen und sozialen Dimension von Bildungsgerechtigkeit im Allgemeinen und Bildungserfolg im Besonderen herauszuarbeiten.

Ich möchte alle Kooperationspartner und deren Maßnahmen miteinbeziehen und gemeinsam den vorgelegten Entwicklungsplan auf die Ziele der Bildungsgerechtigkeit und In-

tegration ausrichten. Mit Ihrer Unterstützung können wir die Datenlage bis 2016/17 vervollständigen und einen ersten Controllingbericht „Bildung und Integration“ vorlegen, der dann im zweijährigen Rhythmus fortgeschrieben werden soll.

Mit der heutigen Konferenz wollen wir einen wichtigen nächsten Schritt machen indem wir Ihre Anregungen aufnehmen. Ich wünsche uns allen für heute einen informativen Tag und gutes Gelingen unseres gemeinsamen Vorhabens über den heutigen Tag hinaus.

GRÜßWORTE

Dr. Pia Gerber, Freudenberg Stiftung

Frau Dr. Gerber brachte neben Grußworten für Initiatoren, Unterstützer sowie Gäste und Teilnehmende, eine Geschichte von Carmen Treppte mit, die sie zur Einstimmung auf das Konferenzthema mit nachfolgendem Wortlaut vorlas.



Unsere Mütter und Großmütter hatten es leichter. Sie oder ihre Männer brachten am

ersten Schultag ihr Kind zur Schule, übergaben es dem Lehrer und sagten: Oglum burada, kizim burada. Eti senin - kemigi benim. „Hier ist mein Sohn, hier ist meine Tochter. Das Fleisch gehört dir, die Knochen mir.“ Und damit war klar, dass ab jetzt der Lehrer dafür verantwortlich war, dass die Kinder weiterkamen. Und wenn er doch einmal etwas zu beanstanden hatte, machte er abends eine Runde durch das Dorf, trank hier und dort ein Glas Tee oder auch zwei oder drei und brachte sein Anliegen vor. Die Familien konnten dann immer noch sagen: „Ach Hocam („Hodscham“), mein Lehrer. Wir sind cahil („Dscha-hil“), ungebildete Leute. Sen birisin - du wirst schon wissen, was zu tun ist.“

Hier und heute ist alles anders. Manchmal kommt es uns so vor, als müssten wir erst ein halbes Studium hinter uns bringen, damit unsere Kinder sicher durchs erste Schuljahr kommen. Schon Monate vorher gibt es eine Liste, was das Kind bei Schulanfang alles können muss, und ist es doch noch so klein: sich selbst Jacke und Schuhe an- und auszie-

hen – als hätten wir alle Zeit der Welt zu warten, bis es damit fertig ist–, rechte und linke Hand unterscheiden und an einer Hand bis fünf zählen. Es soll wissen, wie es mit Stift, Schere und Kleber umzugehen hat und die Namen der Schulmaterialien kennen und sie richtig aussprechen. So geht es in einem fort. Später kommt ein Zettel mit Anschaffungen, dieser Schnellhefter soll grün sein, jener unbedingt blau. Wenn das Schuljahr angefangen hat, fliegen uns Begriffe um die Ohren, unter denen wir uns oft nicht viel vorstellen können: Anlauttabelle, Lesen durch Schreiben, vereinfachte Ausgangsschrift, Lautierung ... Wenn wir uns nicht einmischen, weil es doch schließlich die Aufgabe der Schule ist, den Kindern etwas beizubringen, ist das falsch. Dann heißt es gleich, wir kümmern und nicht und sind nicht interessiert. Aber wenn wir versuchen, unsere Kinder selbst nach vorne zu bringen, ist es auch wieder falsch. Letztes Jahr zum Beispiel hat unsere Ayşe schon mal das kleine Einmaleins mit ihrem Jungen geübt, und prompt die Lehrerin gemeint, dafür sei es viel zu früh.

Zum Glück gibt es an unserer Schule ein Müttercafé und einmal in der Woche treffen wir uns, um über Gott und die Welt zu reden, häufig aber geht es entweder darum, was die Schule von uns erwartet oder darum, was uns dort aufgefallen ist und Fragen aufgeworfen hat. Denn manchmal hauen die Erfahrungen, die wir in diesem ersten Jahr machen, auch die stärkste Mutter um. Sonay zum Beispiel, die ist berufstätig und tritt ganz schön selbstbewusst auf. Bevor ihr erstes Kind eingeschult wurde, hat es in der Kita geheißen, es werde in der Schule Probleme mit der Sprache bekommen. Also hat Sonay zu Hause schon mal das ABC geübt, weil sie so einen Vorwurf auf keinen Fall auf sich sitzen lassen wollte. Ja, da hättet ihr mal die Lehrerin hören sollen! Dann kamen all diese Anforderungen und Begriffe, mit denen wir nichts anzufangen wussten. Und Sonay, die erst positiv-

gespannt zur Schule gekommen war, wurde zusehends verunsichert. „Die Postmappe soll täglich kontrolliert werden? Eine POSTMAPPE? Was soll das denn? Sind wir hier im Rathaus oder was?“ Die Lehrerin behauptete, der Sohn rede ständig mit dem Tischnachbarn und sei unkonzentriert. Ja nun, das Kind hat eben Temperament. Die herannahende Krise spitzte sich am Elternabend zu: Das Kind leide an Konzentrationsmangel und die Mutter möge das Kind ärztlich auf ADHS überprüfen lassen. Sonay schäumte: „Wie kommt die dazu, so etwas zu behaupten? Ich lasse mein Kind nicht krank reden, ich gehe nicht zu dem Test!“

Im Müttercafé haben wir über das Thema gesprochen und allmählich konnte sie das Problem besser verstehen. „Nee“, hat Sonay schließlich gesagt, „das hat mein Kind nicht.“ Und dann ist sie trotzdem zum Arzt marschiert. Sonay hatte zwar Recht, aber ihr Sohn war immer noch unkonzentriert. Irgendwann hat sie angefangen sich nicht mehr ständig über andere Leute aufzuregen oder ihr armes, kleines Kind zu bedauern, sondern selbst nach Lösungen zu suchen. Für uns wurde sie damit zur Erfinderin der Eieruhr-Methode. Immer wenn das Kind jammerte, die Hausaufgaben seien zu viel, zu schwer, es habe keine Lust mehr, sagte Sonay: „Hier ist die Eieruhr. Du kannst in 20 Minuten mit allem fertig sein. Vertrau mir.“ Und siehe da, es klappte.

Allmählich wurde Sonay wieder die Alte: energisch und bestimmt, dabei immer freundlich. Inzwischen hat Sonay an ihrem Arbeitsplatz etwas aufgebaut, das wir Aldi-Pädagogik nennen. Sie sitzt dort nämlich an der Kasse, und ob es uns nun gefällt oder nicht, niemand kommt an ihr vorbei. „He, Hatice“, ruft sie ungeniert Richtung Obsttheke, „hat dein Kind den Test schon zurück?“ oder: „Türkhan, hast du die Einladung gelesen?“ – „Welche Einladung?“ tönt es an der

Mehl-Palette. – „Na, die Einladung zum Elternabend.“ – „Ich hab nichts bekommen.“ – „Türkhan, du musst die Postmappe kontrollieren, wie oft hab‘ ich dir das gesagt?“ – „Welche Postmappe?“ Schuldbewusst greift Türkhan nach dem Mehl, hat eigentlich nur die Zutaten für Börek kaufen wollen und jetzt fast ein bisschen Angst zur Kasse zu gehen. Natürlich wird Sonay sie auch beim nächsten Einkauf wieder darauf ansprechen und natürlich will Türkhan nicht ihr Gesicht verlieren und auch weiterhin bei Aldi einkaufen gehen.

Auch wenn es manchmal anstrengend ist: Irgendwie sind wir stolz auf unsere Sonay. Weil sie uns klarmacht: Wir Frauen im Stadtteil wissen unsere Angelegenheiten zu regeln. Und manchmal, wenn ich mir einer Sache nicht sicher bin, gehe ich schnell zu Aldi, schnappe mir eine Flasche Sonnenblumenöl oder ein Paket Eier, gehe zur Kasse und frage beiläufig: „Sag mal, Sonay, wie war das nochmal mit der Anlauttabelle?“

VORTRÄGE

A Prof. em. Dr. Klaus J. Bade, Berlin

Kulturelle Vielfalt, Identität und Bildung in der Einwanderungsgesellschaft

Vielfalt und Kulturanst in der Einwanderungsgesellschaft

Integration in der Einwanderungsgesellschaft ist keine fröhliche Rutschbahn in ein buntes Paradies mit immerwährenden Straßenfesten.¹ Die Herausbildung der Einwanderungsgesellschaft ist ein eigendynamischer, unübersichtlicher, mitunter anstrengender Kultur- und Sozialprozess, der auch Ängste und Aggressionen einschließen kann. Im günstigen Fall ergibt sich dabei eine neue kollektive Identität, getragen von einem solidarischen Wir. Im ungünstigen Fall ergeben sich u.U. übergangsweise Identitätskrisen und gesellschaftliche Konfliktpotentiale.²

Die Eigendynamik in der kulturellen und sozialen Entfaltung und Ausdifferenzierung der Einwanderungsgesellschaft verändert Strukturen und Lebensformen. Das stiftet Unsicherheit bei vielen Menschen ohne Migrationshintergrund. Jüngere Menschen aus der Mehrheitsbevölkerung akzeptieren, wie Umfragen zeigen, diesen alltäglichen Wandel ihrer Lebenswelt inzwischen weithin als Struktur der Normalität. Radikalisierte fremdenfeindliche und zuweilen auch gewaltbe-

reite jüngere Menschen bestätigen als Ausnahmen die Regel der friedlichen Akzeptanz.

Bei Älteren gibt es oft eine niedrigere Schwelle zur Kulturanst, die sich zum Beispiel in Rede Ausdruck findet, man fühle sich als ‚Fremder im eigenen Land‘. Das muss ernst genommen werden. Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik muss auch auf diesen Kultur- und Sozialprozess unvorbereitete und deshalb teilweise verunsicherte Menschen aus der Mehrheitsbevölkerung einschließen, die ein Recht haben auf ihre Sorgen.



Nötig dazu sind von ‚unten‘ kommunales und bürgergesellschaftliches Engagement mit gesellschaftspolitischen Visionen und von ‚oben‘ überzeugende politische Konzeptionskraft, Führungsstärke und Verantwortungsbereitschaft in Regierungsverantwortung. So kann es gelingen, dass aus engagierten Bür-

¹ Leicht überarbeiteter und um einige Anmerkungen mit Belegfunktion ergänzter Auszug aus meinem Vortrag auf der Bildungskonferenz in Mannheim am 16.12.2013.

² Allg. hierzu: K. J. Bade, Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach/Ts. 2013.

gern nicht noch mehr ‚Wutbürger‘, Nicht-Wähler oder Protestwähler werden. Gelingt dieser Kurswechsel nicht, dann könnte Deutschland in den Weg anderer europäischer Länder einbiegen mit einem starken Wachstum völkischer, von charismatischen Demagogen geführter Strömungen und Parteien, denn: Einwanderungs- und Integrationsfragen sind ein bewährtes Ticket rechts-populistischer Strömungen und Parteien. Und Fremdenfeindlichkeit ist ihr wichtigstes Bindeglied auf nationaler und europäischer Ebene.



Wichtig ist in der Einwanderungsgesellschaft aber nicht nur, wogegen man sich wehren muss, sondern auch, wofür man gemeinsam einstehen will. Das solidarische ‚Wir‘ sichert das Grundvertrauen in der demokratischen Einwanderungsgesellschaft. Und genau deshalb ist dieses gelebte ‚Wir‘ Extremisten auf allen Seiten ein Dorn im Auge; denn nichts ist für sie lähmender als Anerkennung durch Teilhabe und die Akzeptanz kultureller Vielfalt in sozialem Frieden.

Deshalb auch gibt es eine intentionale Symbiose der Extremisten, z.B. zwischen fundamentalistischen Islamisten und fundamentalistischen Islamfeinden – im Kampfbegriff des islamophagen Internet-Prangers Politically Incorrect also zwischen den Anhängern von ‚Dschihad‘ und ‚Counter-Dschihad‘.

Gemeinsam ist ihnen die Verachtung und Bekämpfung der vermeintlich aus Schwäche geborenen, angeblich ‚multikulturalistischen‘ demokratischen Einwanderungsgesellschaft. Die Ausbreitung solcher Vorstellungen kann begrenzt werden, wenn die demokratische Einwanderungsgesellschaft ihre Verfassung lebt und deren Feinden auf dieser Grundlage in Freiheit entschieden, mutig und wehrhaft entgegentritt – der Tatsache eingedenk, dass es hierzulande den langen Schatten einer düsteren Geschichte gibt, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von derjenigen anderer moderner europäischer Einwanderungsländer unterscheidet.

Bildungschancen und soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft

In einer schon mehrere Generationen von Einwanderern einschließenden Einwanderungsgesellschaft geht es – von Starthilfen für Neuzuwanderer und Hilfestellungen im Sinne der nachholenden Integrationsförderung abgesehen – nicht mehr um ‚Integrationspolitik für Migranten‘. Es geht um teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für Alle. Bildung, Sprache und Zugang zum Erwerbsleben sind dabei die wichtigsten Türöffner und Zugangsschienen im Integrationsprozess.

2004 habe ich zusammen mit meinem zu früh verstorbenen Kollegen und Freund, dem Osnabrücker Soziologen Michael Bommers, für den Zuwanderungsrat, dessen stellvertretender Vorsitzender ich nach Rita Süßmuth damals war, eine operationale Definition von Integration entwickelt und begründet.³ Diese

³ K. J. Bade, C. Kannengießer, G. Landsberg, H. Putzhammer, R. Süßmuth, G.G. Wagner, Jahresgutachten des

operationale Definition ist auch von dem von mir angeregten und 2008–2012 als Gründungsvorsitzendem geleiteten Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SWR) in dessen erstem Jahresgutachten 2010 („Einwanderungsgesellschaft 2010“) übernommen worden.⁴ Sie hat sich heute weitreichend durchgesetzt, ist aber nach wie vor nicht zureichend als intentionaler Appell verstanden worden:

Integration – oder wie wir heute vielleicht sagen würden Inklusion – ist nach unserer Definition die messbare Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Sie reicht, um nur einige der wichtigsten Bereiche zu nennen, von der frühkindlichen Erziehung über schulische Bildung und berufliche Ausbildung sowie die Teilhabe an Wirtschaft und Arbeitsmarkt, an den sozialen und rechtlichen Schutzsystemen bis hin zur – statusabhängigen – politischen Teilhabe.

Bei dieser im Sinne unserer ursprünglichen Definition auf Zuwanderer zielenden Teilhabe-Definition von Integration solle es, so habe ich im SVR ergänzt, bei der sich zügig entfaltenden Einwanderungsgesellschaft um alle gehen, ob nun mit oder ohne den sogenannten Migrationshintergrund. Der aber müsse dort, wo er klar erkennbar chancenmindernd wirkt, als besonderes Förderungskriterium anerkannt bleiben.

Integrations- bzw. Inklusionsförderung ist, dieser Definition folgend, also die Förderung

möglichst gleicher Teilhabechancen aller an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Davon sind wir, trotz mancherlei Annäherungen, nach wie vor weit entfernt, obgleich dies im Kern dem Verfassungsgebot der "Herstellung" zwar nicht gleicher, aber doch „gleichwertiger Lebensverhältnisse" in ganz Deutschland entspricht.⁵ Das gilt besonders für den Zentralbereich Bildung. Was hier zählt, ist das Bemühen um eine herkunftsunabhängige Chancengleichheit, die man auch das Streben nach sozialer Gerechtigkeit nennen kann.

Will sagen: Gleiche Leistungen müssen zwar gleich bewertet und nicht erbrachte Leistungen gleich sanktioniert werden; denn Bildung ist ein Risikogeschäft. Und gebotene Chancen bzw. Förderungsangebote müssen auch angenommen werden. Wer ihre Annahme verweigert oder verpaßt, muss die Folgen tragen. Das klingt vordergründig ‚objektiv‘ und ‚gerecht‘. Es ist im Sinne des genannten Verfassungsgebotes aber nur dann legitim, wenn bei der Bewertung ungleicher Leistungen die soziale Ungleichheit einbezogen wird, vor deren Hintergrund diese ungleichen Leistungen erbracht worden sind oder nicht erbracht und Angebote nicht angenommen oder nicht einmal als solche erkannt werden konnten; denn: Bildung ist zwar ein Risikogeschäft, aber sozial Benachteiligte mit und ohne Migrationshintergrund sind keine Risikogruppe.

Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) der Bundesregierung, Berlin 2004.

⁴ K. J. Bade, M. Bommers, H. Faßmann, Y. Karakasoglu, C. Langenfeld, U. Neumann, W. Schiffauer, T. Straubhaar, S. Vertovec u. Mitarb. d. SVR-GmbH), Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Berlin 2010.

⁵ Bis zur Verfassungsreform im Zuge der deutschen Vereinigung war in Art. 72 Abs. 2 GG sogar von der "Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" die Rede gewesen.

Das Risiko wird vielmehr vom Bildungssystem immer wieder aufs Neue schichtenspezifisch umverteilt, anders gewendet: Das Bildungssystem bietet weithin eine zwar leistungsorientierte, aber nicht zureichend begabungs- und damit chancenorientierte, mithin nur vordergründige Gleichbehandlung, die in Wahrheit vor allem die Chancenungleichheit in der Gesellschaft reproduziert. Diesen „meritokratischen“ Reproduktionszusammenhang⁶ hat am klarsten der Frankfurter Bildungssoziologe Frank-Olaf Radtke analysiert, dem ich hier weiter folge:

Radtke geht es um den Unterschied zwischen „Fremdselektion“ und „Selbstselektion“, darum also, ob Schüler am System oder an sich selber scheitern: Erfolg oder Misserfolg sind dabei nach Radtke vielfach eine Mischung zwischen Begabung und internen Barrieren im Mechanismus des Bildungssystems. Sie blockieren nicht nur die Entfaltung solcher Begabung in der Schule, sondern auch die aktive Begabung sozial Benachteiligter durch die Schule. Und genau hier müssen strukturelle Öffnung und individuelle Förderung ansetzen, was volkswirtschaftlich betrachtet sowieso nur im aufgeklärten Gesamtinteresse liegen kann, denn alles andere ist eine Verschleuderung von Ressourcen.

„Ein Bildungssystem, das einen von der Herkunft unabhängigen Bildungserfolg nicht garantieren kann, ist in einer modernen Einwanderungsgesellschaft ein Skandal“, urteilt



Radtke. „Nur die unterschiedliche Behandlung unterschiedlicher Schüler, also ein individualisierter Unterricht könnte helfen, das abzumildern. Dazu müsste die schulische Struktur und Praxis aber radikal verändert werden.“⁷ Und auch davon sind wir heute noch weit entfernt.

Ganz abgesehen davon, dass den Schulträgern oft das Geld fehlt, um solche weitreichende Konzepte umzusetzen, wie sie auch andere Bildungsforscher empfehlen.⁸ Aber nicht nur ein Bündel von kostenintensiven Strukturreformen, auch die mühevolle innovative Arbeit innerhalb der gegebenen Strukturen bringt uns voran.

Aber ohne größere Zuschüsse an die Bildungsträger vor Ort wird auch das auf Dauer nicht gehen; denn die Zukunft der Einwanderungsgesellschaft kann in den Schulen nicht mit den Personaletats der Vergangenheit gestaltet werden, schon weil die an einer ganz anderen Zusammensetzung der Schulklassen orientiert waren. Umso mehr zu bedauern ist

⁶ F.-O. Radtke, Die Illusion der meritokratischen Schule. Lokale Konstellationen der Produktion von Ungleichheit im Erziehungssystem, in: K. J. Bade, M. Bommers (Hg.), Migration – Integration – Bildung. Grundfragen und Problembereiche, Beiträge des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien, 23/2004, S. 143–178; vgl. M. Gomolla, F.-O. Radtke, (Hg.), Institutionelle Diskriminierung: Die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule, Opladen 2002.

⁷ F.-O. Radtke, ‚Frühkindliche Förderung ist nicht die Lösung‘ (Interview R. Göroglu) in: MiGAZIN, 13.11. 2013; vgl. ders., Schulversagen. Migrantenkinder als Objekt der Politik, der Wissenschaft und der Publikationsmedien, in: Mediendienst Integration, September 2013.

⁸ Vgl. u.v.a.: Yasemin Karakasoglu, Bildung als Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft, in: M. Krüger-Potratz, C. Schröder (Hg.), Vielfalt als Leitmotiv (Beiträge der Akademie für Migration und Integration, H. 14, Göttingen 2014, S. 103–112.

im föderalen System die erst langsam wieder gelockerte Aufgaben- und Estattrennung zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich. Im Jahresgutachten 2012 (,Integration im föderalen System‘) des Sachverständigenrates war ausführlich die Rede davon.⁹

Mannheim liegt in vielerlei Hinsicht hier klar vorne: Das hat einmal damit zu tun, dass es hier – wenn ich recht sehe im Gegensatz zu fast allen anderen Kommunen – ein eigenes Bildungsdezernat gibt. Hinzu kommt, dass hier frühkindliche Erziehung und schulische Bildung in einem Ressort vereint sind, so dass es hier eine durchgängige ,biographiebegleitende Bildungskette‘ gibt. Dies ist ebenso ein bundesweit beachtetes Mannheimer Leuchtturmprojekt wie der stiftungsgeförderte ,Quadratkilometer Bildung‘. Vorne liegt Mannheim gleichermaßen mit seinen zielgruppenspezifischen Informations- und Förderungssystemen. Herausragend sind ferner die Aufgeschlossenheit und die mutige Experimentierfreude der Mannheimer, z.B. bei der Übernahme von Anregungen aus dem von uns seinerzeit für den Carl Bertelsmann-Preis ,Integration braucht faire Bildungschancen‘ – vor der abschließenden Entscheidung für das Schulsystem in Toronto – in die engste Wahl genommenen schweizerischen Konzept QUIMS (,Qualität in multikulturellen Schulen‘).¹⁰ Nicht minder hervorstechend in der Städtelandschaft ist

⁹ K. J. Bade, G. D'Amato, T. K. Bauer, H. Faßmann, Y. Karakasoglu, C. Langenfeld, U. Neumann, L. Pries, W. Schiffauer u. Mitarb. d. SVR-GmbH, Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), Berlin 2012.

¹⁰ Bertelsmann Stiftung (Hg.), Integration braucht faire Bildungschancen. Carl Bertelsmann-Preis 2008, Gütersloh 2008.

aktuell auch der pragmatische und unaufgeregte Umgang der Stadt mit der Integrationsförderung bulgarischer und rumänischer Zuwanderer aus prekären Soziallagen, die in der sachlich falschen bundesweiten ,Sozialtourismus‘-Agitation abträglich als ,Armutswanderer‘ diffamiert werden.¹¹ All dies sind nur einige Stichworte und Beispiele, von denen wir vielleicht gleich noch hören werden.

Dennoch wäre es ein Beitrag zur Legendenbildung, Mannheim als urbane Insel der Seligen zu beschreiben, auf der die Insulaner und insbesondere deren Häuptlinge sich auf ihren Lorbeeren ausruhen könnten; denn Integration bleibt anstrengend und auch die Mannheimer Integrations- und Bildungsakteure haben ihre Probleme:

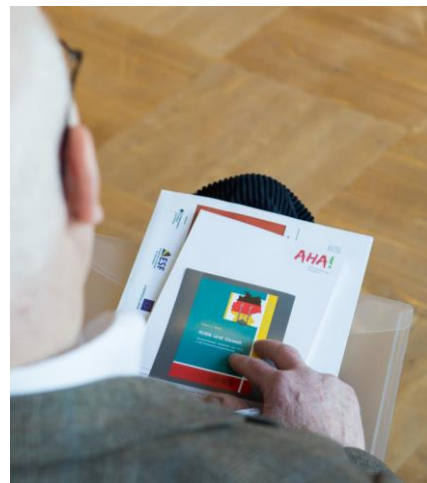
Das gilt etwa für die Übergänge von der schulischen und beruflichen bzw. sonderberuflichen Qualifikation in die Arbeitswelt und hier besonders für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Es gilt weiter für das in der neuen Studie ,Weiterbildungsverhalten in Deutschland‘¹² im Auftrag des Bundesbildungsministeriums festgehaltene, auch für Mannheim geltende Ergebnis: Die Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland ist zwar auf ein historisches Allzeithoch gestiegen. Das hat aber vorwiegend mit der steigenden Beteiligung von Deutschen ohne Migrationshin-

¹¹ Vgl. K.J. Bade, Die Angst vor den Armen, in: Zeit Online, 15.10.2013; ders., Angst vor Armutszuwanderung, in: Tagesspiegel Online, 21.12.2013; Sozial gefährlich sind die Populisten, nicht die Roma (Interview J. P. Sternberg), in: Leipziger Volkszeitung, 3.1.2014 u.a.a.O.; ders., Warum Einwanderer ein Segen für Deutschland sind, in: Die Welt Online, 5.1.2014; ders., Ansturm auf das deutsche Sozialsystem oder Einwanderung benötigter Fachkräfte?, in: Kulturradio rbb, Reihe Wissen, 7.1.2014; ders., Das Gespenst der armen EU-Migranten, in: Cicero 2/2014 (Berliner Republik: Kommentar), S. 40f.

¹² F. Bilger, D. Gnahn, J. Hartmann, H. Kuper (Hg.), Weiterbildungsverhalten in Deutschland. Resultate des Adult Education Survey 2012, Bielefeld 2013.

tergrund zu tun, während die Beteiligungsquoten von Zuwanderern demgegenüber noch immer deutlich zurückliegen. Und es gilt für die neuen PISA-Ergebnisse, die Radtke in einem brillanten Essay als ökonomistisch-psychometrische Bewertungsskala zum ‚Bruttobildungsprodukt‘ beschrieben hat. Die im PISA-Kult mit seinen hochaggrierten und disparaten Daten als Scheinanreize vorgegebenen Leitergebnisse der output-orientierten Bildungsmaschinerie sind für die konkrete Erziehungsarbeit vor Ort zwar wenig aussagekräftig. Sie zeigen aber insgesamt der Tendenz nach einen nur wenig abgeschwächten Fahrstuhleffekt: Schüler in Deutschland holen im internationalen Vergleich zwar auf; auch Migranten schneiden für sich genommen besser ab; aber ihre Rücklage gegenüber Schülern ohne Migrationshintergrund bleibt, nur eine Fahrstuhlebene höher und etwas abgeschwächt, weiterhin bestehen.

Dabei dürften allerdings in Mannheim, wenn ich die mir verfügbaren Unterlagen richtig gelesen habe, sozial- und herkunftsorientierte Leistungsbeurteilungen und damit Leistungsbenachteiligungen im Bildungssystem aus den genannten Gründen deutlich geringer ausgeprägt sein. Mannheim scheint also auch hier auf einem im Rahmen des Möglichen guten Weg zu sein.



B Dr. Tanja Mangold, Stadt Mannheim

Entwicklungsplan Bildung und Integration

Die Verwaltung wurde durch den Bildungsausschuss einstimmig beauftragt, auf der Grundlage des Antrags 340/2012 einen Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ vorzulegen, Maßnahmen zu bündeln und wirkungsorientiert auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen auszurichten sowie die Entwicklung eines Stadtteilprojekts nach dem Vorbild von Quims in den Fokus zu nehmen. Das Dezernat III legt die Eckpunkte eines Entwicklungsplans „Bildung und Integration“ vor. Der Entwicklungsplan nimmt eine Beschreibung der Ausgangslage auf der Grundlage der Daten des Bildungsberichtes vor. Die Analyse der einzelnen Handlungsfelder – frühkindlicher, schulischer und non-formaler Bereich – erfolgte anhand zweier Ansätze der interkulturellen Bildungsforschung – des sogenannten Institutionenansatzes und des zielgruppenspezifische Ansatzes. Absicht ist die Formulierung von Handlungsempfehlungen, Zielen und Kennzahlen zur Bündelung von Maßnahmen und zur interkulturellen Öffnung des Bildungsbereichs.

Der Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

(1) Er legt einen Begriff von Migrationshintergrund zugrunde, der über die statistische Zuordnung hinaus, die mit dem Begriff inhä-



renten Erfahrungsdimensionen der Herkunft, Ankunft und Sozialisation reflektiert.

(2) Er basiert auf den Ergebnissen des 1. und 2. Mannheimer Bildungsberichtes.

(3) Er stellt auf der Grundlage des bestehenden Datenmaterials ein Gerüst an Informationen bereit.

(4) Er arbeitet diese Zahlen ziel- und wirkungsorientiert auf.


(5) Er verfolgt das strategische Ziel einer längerfristigen Veränderung des kommunalen Bildungssystems zur interkulturellen Öffnung der Institutionen und zielgruppenorientierten Stärkung des Bildungserfolgs zur nachhaltigen Verfolgung der Ziele Bildungsgerechtigkeit, Talentförderung und Integration.

(6) Der „Entwicklungsplan“ ist Ausgangspunkt für einen gesellschaftspolitischen Diskurs über Bildungsaspirationen, Bildungschancen und Bildungserfolg der in Mannheim lebenden Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund.



Der Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ wurde durch eine fachbereichsübergreifende Arbeitsgruppe des Dezernats III erarbeitet, seine Zielwerte mit Politik, Wissenschaft, Stiftungen und sachverständigen Einwohnern (Migrationsbeirat) diskutiert. In den kommenden Monaten nimmt die Verwaltung eine Schärfung der Kennzahlen und Bestimmung der Zielwerte unter Einbeziehung weiterer Verwaltungseinheiten vor. Der Gesamtbericht und die Kennzahlen mitsamt den Zielwerten werden dem Bildungs- und Jugendhilfeausschuss abschließend zur Beschlussfassung vorgelegt.

Zur Präsentation (per Doppelklick öffnet sich das Dokument in einem separaten Fenster)

 **STADTMANNHEIM**²

Entwicklungsplan Bildung und Integration

$d + b = c$

Stadt Mannheim
Fachbereich Bildung
Dr. Tanja Mangold

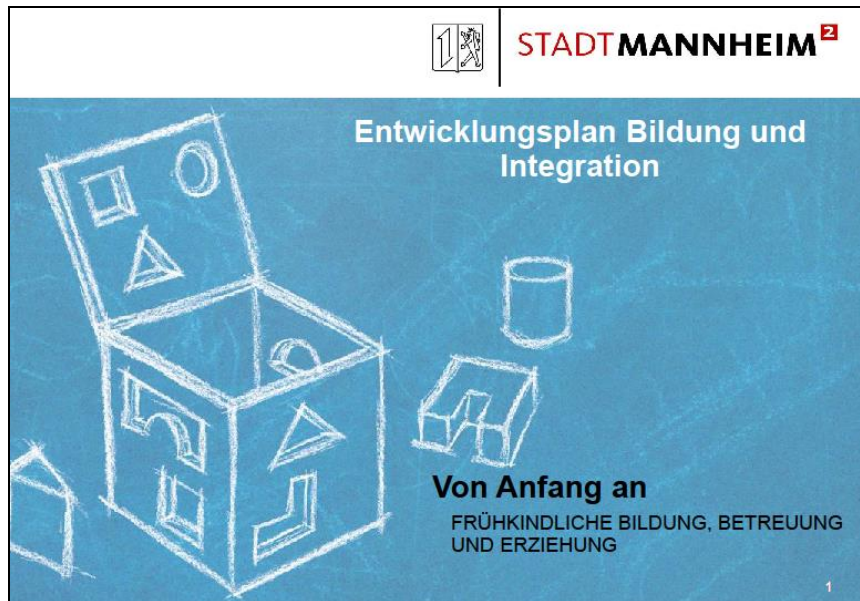
1

PROTOKOLLE DER ARBEITSGRUPPEN

Fachforum 1 Frühkindlicher Bereich

Moderation: Herr Berg, Katholische Gesamtkirchengemeinde Mannheim
Frau Bredereck, Evangelische Kirche Mannheim
Frau Lüttcher, Stadt Mannheim, Tageseinrichtungen und Tagespflege für Kinder

Zur Präsentation (per Doppelklick öffnet sich das Dokument in einem separaten Fenster)



Zusammenfassung des Fachforums



Im Fachforum „Frühkindliche Bildung“ wurde in drei Arbeitsgruppen zu folgenden Thematiken diskutiert:

- Interkulturelle Kompetenzen von Fachkräften
- Zielgruppenbezogene Zugangs- und Informationssysteme zu Kindertageseinrichtungen
- Sprachfördermaßnahmen in Kindertageseinrichtungen.

Die Aufgabenstellung in allen Arbeitsgruppen war, die im Eckpunktepapier „Bildung und Integration“ vorgestellten Handlungsempfehlungen zu diskutieren, ggf. zu ergänzen sowie Herausforderungen und mögliche nächste Schritte zu identifizieren.

- Austausch über Maßnahmen, Verfahren und Standards
- Berücksichtigung individueller Bedarfe (Fachkräfte, Sprachförderung)
- Rahmenbedingungen sicherstellen

Die Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppen wurden im Plenum zusammengeführt und lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Es gibt in den Einrichtungen der Träger vielfältige Maßnahmen, Angebote und Verfahren welche dem Thema Interkulturalität zugeordnet werden können. Um hier Transparenz herzustellen gilt es, den Informationsfluss über bestehende Angebote sowohl trägerintern als auch trägerübergreifend zu stärken.
- Die (gemeinsame) Klärung der verwandten Begrifflichkeiten interkulturelle Kompetenz, kultursensibles Arbeiten etc. sowie des Indikators „Migrationshintergrund“ wird als wesentlich für eine erfolgreiche, weitere Arbeit im Prozess und zur Verankerung des Themas in den Einrichtungen gesehen.
- Angebote und Maßnahmen müssen an individuellen Bedarfen ansetzen. Dies bezieht sich sowohl auf Fachkräfte im Kontext von bspw. Qualifizierung, als auch auf Kinder und deren Eltern bezogen auf Unterstützung und Information. Hierzu gilt es, – wie oben u.a. bereits genannt – Transparenz über bestehende Angebote und Strukturen herzustellen. Der diesbezügliche Austausch und die Zusammenarbeit sollten auf allen Ebenen (Arbeit, Leitung und Strategie) verstärkt werden.
- Die Definition geeigneter Rahmenbedingungen des Gelingens (u.a. Ressourcen) zur Umsetzung der im Entwicklungsplan Bildung und Integration formulierten Handlungsempfehlungen wird als wichtiger Punkt genannt.



Fachforum 2 Allgemeinbildendes Schulsystem

Moderation: Frau Aakerlund, Staatliches Schulamt Mannheim
Frau Dr. Mangold, Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung

Zur Präsentation (per Doppelklick öffnet sich das Dokument in einem separaten Fenster)



Zusammenfassung des Fachforums

Die Diskussionsgruppen wurden nach Schularten aufgeteilt.

Ergänzungen zu den vorgestellten Zielen/Handlungsempfehlungen

- Eltern sind ein zentraler Baustein für das Gelingen; die Einbindung von Eltern bzw. entsprechende Angebote/Maßnahmen an Schulen, um Eltern „Willkommen“ zu heißen, kommen oft zu kurz – wie z.B.
 - Elterncafés
 - Vorbereitungsnachmittage vor Einschulung
 - Elternpaten (Eltern aus der 4. Klasse für Eltern aus der 1. Klasse)
 - Einzelgespräche Lehrer*in mit Eltern
 - über Migrantenorganisationen Eltern erreichen
- Strukturen müssen optimiert werden, um z.B. gelungene Projekte mit interkulturellem Bezug nachhaltig in den Schulalltag zu integrieren
- Informationsfluss und Know-How-Transfer gewährleisten „SOS-Stelle“, Beauftragte/r für Integration an allen Schulen, als Ansprechpartner*in und zur besseren Vernetzung...
- Das Thema „Interkulturelle Öffnung“ sollte in der Lehrerbildung standardmäßig verankert werden.
- Interkulturelle Bildung fördern über verstärkte Kooperation zwischen Schulen und Migrantenorganisationen



Ziele mit besonderen Herausforderungen // Wie kann diesen Herausforderungen begegnet werden?

- Fehlende Inanspruchnahme von Angeboten durch die Eltern
→ Lösung: Intensivierung der Elternarbeit
- andere Kanäle zur Ansprache aktiv wählen und nutzen; Tandems von Erzieher*in und Eltern oder Lehrer*in und Eltern bilden
- Schulung in der Muttersprache an Schulen gegenwärtig über MAUS vereinzelt möglich
→ Lösungsvorschlag: Die Abendakademie bietet an, im Rahmen von MAUS-Kursen mehrere Sprachen anzubieten (wenn ein erhöhtes Interesse an einer Schule an bestimmten Sprachen besteht) und diese dann auch zu prüfen und eine Zertifizierung sicherzustellen.
- Kooperation mit Migrantenvereinen
- Damit Fortbildungsveranstaltungen aufgrund fehlender Austauschpartner nicht „verpuffen“
→ Lösungsvorschlag: mindestens 2 Personen pro Schule besuchen interkulturelle Fortbildungsveranstaltungen (z.B. PH Ludwigsburg hat hierzu einen Fortbildungslehrgang von 1,5 Jahren); Es werden pädagogische Tage an Schulen eingeführt; so kann das gesamte Kollegium die gleiche Fortbildungsveranstaltung besuchen.
- Interkultureller Dialog in der Schule
- Es gibt gegenwärtig sehr viele „Schätze“ an Schulen, die gebündelt und genutzt werden müssten (z.B. Elternmentoren). Wie findet ein gezieltes „Knowledge-Management“ statt, um Wissen und Erfahrung angemessen für spätere Projekte zu sichern und zu speichern. Implementierung in den Schulalltag sichern
- Es gibt Kinder und Jugendliche, die während der Ferienzeit immigrieren. Diese finden an der Schule bedingt durch die Ferien keinen Ansprechpartner vor.
→ Lösung: mehrsprachige Infoschilder an der Schultür die Ansprechpartner beim Staatlichen Schulamt benennen.



Hausaufgabe:

- Es müsste ein Überblick über Migrantenorganisationen geben, die Bereitschaft signalisiert haben als Kooperationspartner von Schulen zur Verfügung zu stehen.
- Einweben der Angebote des Integrationsbeauftragten in das Eckpunktepapier.
- Koordination Schule/SSA vs. Stadt Mannheim

Fachforum 3 Berufliches Schulsystem

Moderation: Frau Dr. Kager-Huber, Regierungspräsidium Karlsruhe
Herr Ripplinger, Stadt Mannheim, Fachbereich Bildung

[Zur Präsentation \(per Doppelklick öffnet sich das Dokument in einem separaten Fenster\)](#)



Zusammenfassung des Fachforums

Als Grundlage für die Diskussion wurde zunächst kurz referiert, welche Maßnahmen es von Seiten der Stadt Mannheim und von Seiten des Landes bereits gibt und welche Handlungsempfehlungen bisher in diesem Feld beschrieben sind. (Siehe hierzu auch Präsentation des Fachforums oben)



Unter dem Stichwort „Institutionenansatz“ sind dies der Arbeitskreis Ausbildungsinitiative, die Neukonzeption Übergang Schule- Beruf, die Jugendberufshilfe, der Ausbildungsverbund sowie der Azubi-Fonds im Rahmen der Ausbildungsförderung. Zu den zielgruppenspezifischen Angeboten gehören das Projekt CoPilot sowie das Angebot „Ausbildung plus“.

Von Seiten des Landes gibt es das Programm „Migranten machen Schule“, den Kontaktstudiengang „Interkulturelle Bildung – Schwerpunkt Sprachförderung“, die Erzieher*innenausbildung (Berufskolleg für Sozialpädagogik), die Qualifizierungsoffensive Altenpflege sowie die Maßnahmen (individuelle Lern- und Förderangebote) der Enquete-Kommission „Fit für das Leben in der Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“.

Handlungsempfehlungen sind:

- Sichtung und Auswertung der Förderansätze und Förderangebote an beruflichen Schulen
- Neugestaltung des Übergangsmagements Schule – Beruf
- Strukturelle Maßnahmen zur Interkulturellen Öffnung von beruflichen Schulen und zielgruppenspezifische Ansätze zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrations-

hintergrund an allen beruflichen Schulen fördern mit dem Ziel Bildungsabbrüche zu verhindern.

- Einsatz von kultursensiblen pädagogischen Fachkräften und Multiplikatoren aus den Herkunftsgruppen

In der Diskussion wurden folgende zukünftige Handlungsschwerpunkte herausgearbeitet:

- Der Informationsfluss und der Austausch zwischen Stadt, Träger und Land soll weiter verbessert werden um die einzelnen Angebote miteinander zu verzahnen.
- Die einzelnen Angebote / Maßnahmen sollen beschrieben werden (Transparenz) und auf ihre Wirkung und Wirksamkeit hin überprüft werden (passgenaue Angebote)
- Für zielgruppenspezifische Ansätze ist eine Definition bzw. genaue Beschreibung der Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ notwendig. Es sollte unterschieden werden zwischen Migrationshintergrund und Bildungsbenachteiligung.
- Die Wirtschaft sollte stärker eingebunden werden: zum einen können Betriebe als Ansprechpartner gewonnen und sensibilisiert werden, zum anderen sollten entsprechende Praktikumsplätze eingeworben werden.
- Die Eltern müssen noch stärker als Multiplikatoren eingebunden und gewonnen werden.
- Der Einsatz und die Schulung von kultursensiblen Fachkräften ist voranzutreiben: neben veränderten Strukturen braucht es auch eine Veränderung der Haltung (kulturelle Vielfalt als Chance), um den Blick für das Thema zu schärfen.



weitere Schritte:

Die nächsten Schritte sind eine Bestandsaufnahme und Ist-Stands-Klärung an den beruflichen Schulen (was gibt es, mit welcher Wirkung?) sowie Vorschläge zur Verbindung und Verzahnung der unterschiedlichen Angebote und zur Erweiterung zielgruppenspezifischer Ansätze zu entwickeln.

Fachforum 4 Non-Formale Lernwelten am Bsp. der Jugendarbeit

Moderation: Karin Heinelt, Stadtjugendring Mannheim e.V.

Frau Gerstner, Stadt Mannheim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt

Zur Präsentation (per Doppelklick öffnet sich das Dokument in einem separaten Fenster)



Zusammenfassung des Fachforums

Ausbau der zielgruppenspezifischen Zugänge

- hohe Hürden bei der Anerkennung als Organisation
- Problematik des Vereinsbegriffs
- Kooperation mit Migranten/-innenverbänden – welche sind ok?
- Zugänge zu Migrantenorganisationen verbessern, Überblick über die bestehenden Organisationen in Mannheim erforderlich
- Was fehlt: Strategien zur nachholenden (lt. Prof Bade) Integrationsförderung der autochtonen Zielgruppe
- Planungen und Konzeptentwicklungen mehr im unmittelbaren Kontakt und in direkter Kooperation mit Migranten,
- Elternarbeit ausbauen
- Nutzung des Internets wichtig, aber zudem mehr Präsenz des Fachpersonals vor Ort
- Anpassung an spezifische Rahmenbedingungen bei den Öffnungszeiten
- Mehrsprachigkeit von Internetseiten und Angeboten



Interkulturelle Kompetenzen der Fachkräfte

- Anerkennung ausländischer Abschlüsse
- Erweiterung des Fachkräftekatalogs

- Achtung: In der aktuellen Situation des Mangels an Fachkräften mit Migrationshintergrund besteht die Gefahr deren Instrumentalisierung in Teams („Reduktion auf Migrationshintergrund“)
- Selbstreflexion und Supervision in Aus- und Weiterbildung zu den Themen „Interkulturelle Kompetenz/Diversität und Diskriminierung/Rassismus“
- Begriff „interkulturelle Kompetenz“ schärfen



Kooperationspartner



- Definition des Begriffs „Migrationshintergrund“
- Ganztagsbildung statt Ganztagschule!
- Kontinuität der Angebote
- Kooperation fachbereichsübergreifend, zu freien Trägern und Stadtteilkonferenzen
- Kooperation Jugendhilfe–Schule stärken
- Elternarbeit verstärken
- Stärkere Stadtteilorientierung / Initiierung von Stadtteilkonferenzen

ERGEBNISSE DER FACHFOREN

Die Impulse aus den Fachforen wurden im Plenum von den Moderator*innen Lüttcher, Dr. Mangold, Ripplinger und Gerstner kurz vorgestellt:



Fachforum I – Frühkindlicher Bereich

- Sicherstellung des Austausches über Standards und Angebote/Maßnahmen
- Individuelle Bedarfe der Fachkräfte sowohl bei Qualifizierung als auch bei Sprachförderung berücksichtigen
- Rahmenbedingungen schaffen

Fachforum II – Allgemeinbildendes Schulsystem

- Forum zur Vernetzung für Best-Practice Beispiele
- Elternarbeit als zentraler Baustein
- Projekte auf strukturelle Nachhaltigkeit ausrichten
- Ansprechpartner für das Querschnittsthema an der Schule

Fachforum III – berufliches Schulsystem

- Aussagekraft der Zahlen
- Zielgruppe der Migranten differenzieren
- Elterneinbindung
- Praktikumsplätze in der Wirtschaft

Fachforum IV - Non-formale Lernwelten

- Beziehungsarbeit und persönliche Ansprache
- Interkulturelle Kompetenz in die Ausbildung integrieren
- Nutzung des demographischen Faktors für die Erhöhung des Angebots

PODIUMSGESPRÄCH

BILKAY ÖNEY, MINISTERIN FÜR INTEGRATION BADEN-WÜRTTEMBERG

PROF. EM. DR. KLAUS J. BADE, MIGRATIONSFORSCHER BERLIN

DR. ANTJE BECKER, GESCHÄFTSFÜHRERIN GEMEINNÜTZIGE HERTIE-STIFTUNG

DR. ULRIKE FREUNDLIEB, BÜRGERMEISTERIN FÜR BILDUNG, JUGEND, GESUNDHEIT STADT MANNHEIM

Gesamtmoderatorin Fuchs-Hornyak begrüßte Ministerin Öney, Prof. Bade, Frau Dr. Becker sowie Bürgermeisterin Dr. Freundlieb zum Perspektivengespräch.

Bürgermeisterin Freundlieb führte in ihrem Eingangsstatement aus, sich darin bestätigt zu fühlen, dass Mannheim mit der Verknüpfung von Bildung und Integration den richtigen Weg geht. Ein Anfang ist mit dem Entwicklungsplan in ihren Augen gemacht, um stadtweit für das Thema zu sensibilisieren, es zu diskutieren und die Anstrengungen aller Beteiligten auf gemeinsame Ziele bzw. geeignete Wege hin zu fokussieren. Um die gewünschte Wirkung zu erzielen, wird es neben einer Bestandsaufnahme der Aktivitäten zukünftig stärker erforderlich sein, Ziel- und Kennzahlenvereinbarungen zu treffen. Die jetzt vorgestellten Eckpunkte sind dazu ein geeigneter Ausgangspunkt und können in der Weiterentwicklung die Beteiligten z.B. dabei unterstützen, stärker in den Austausch über Standards zu kommen. Der Ansatz lautet kurzgefasst, alles Vorhandene kritisch zu prüfen, um die Fortsetzung der Arbeit in die richtigen Bahnen lenken zu können.

Von Ministerin Öney wurde herausgestellt, dass sowohl die Landesregierung wie auch das Integrationsministerium Mannheim in einer vorbildlichen Rolle sieht und gewillt ist, Kommunen mit besonderen Bedarfen auch besonders zu fördern. Allerdings könne ihr



Ministerium aufgrund des kleinen Budgets nicht allen berechtigten finanziellen Forderungen nachkommen und unterstützt deshalb insbesondere die Entwicklung geeigneter Strukturen mit denen strategische Ausrichtung und passenden Aktivitäten erreicht werden können.

Konkrete Unterstützung zur Umsetzung des Ziels Chancengerechtigkeit im Übergang Schule-Beruf erhält die Stadt Mannheim durch die Gemeinnützige Hertie Stiftung. Deren Vertreterin Dr. Antje Becker betonte als Voraussetzung für ihr Engagement vor Ort



die Offenheit für die Einbeziehung Externer sowie die Aktivitäten in Bezug auf Strukturbildung, die Kennzahlenorientierung aber auch die Analysefähigkeit und Besonderheiten wie die heutige Bildungskonferenz.

Prof. Bade, der wie er selbst sagt, gerne die Rolle des „Widersprechers“ einnimmt, betonte, dass er nicht umhin komme, die Mannheimer Kommune zu loben. Als einen der Gründe ein berechtigtes Lob auszusprechen, führt er die Wahrnehmung von Bildung als Querschnittsthema an, das strukturell in einem eigenen Fachbereich angesiedelt ist und eine entsprechende Breitenwirkung hervorruft. „Diese vertikale Verknüpfung ermöglicht eine Entwicklung in verschiedene Richtungen, gepaart mit Experimentierfreude und Anleihen an bereits erfolgreiche Modelle und das alles ohne „Integrationshysterie“, aber dafür mit einer lebensnahen und sozialwissenschaftlichen Datengrundlage und dem Wunsch, alles richtig anzugehen.“ Deshalb sei Mannheim eine „dicke Stiftung“ zu wünschen, die die Umsetzung umfänglich ermöglicht.

Geeignete Bildungs- bzw. Kompetenzförderung wurde von den Podiumsgästen unisono als Herausforderung die alle angeht herausgestellt. So wie das Land im schulischen und universitären Bereich Wissen über das vermitteln muss was interkulturelle Kompetenz bedeutet, ist es Aufgabe der Schule im Sozialraum zu interagieren, sich auszutauschen, verschiedene Professionen ebenso einzubeziehen wie auch die Wirtschaft vor Ort. Dafür hinderliche Mittelbindungen sollten gezielt aus dem Weg geräumt werden, um den Aktiven mit der Entscheidungsbefugnis zum Einsatz der Mittel den erforderlichen Handlungsspielraum zu eröffnen.

Mit Blick auf die Zukunft appellierte Bürgermeisterin Freundlieb an die kritischen und engagierten Partner in der Stadt, gemeinsam die weitere Bearbeitung von „Bildung und Integration“ anzugehen und dafür gemeinsam die Verantwortung zu tragen.

Alle sind eingeladen sich beim Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ einzubringen und mitzureden, wenn es darum geht, darüber nachzudenken Verbesserungen im System und bei den Angeboten vorzunehmen.

PRESSEMITTEILUNG ZUR KONFERENZ

MANNHEIM ²

Pressemitteilung

16.12.2013

4. Mannheimer Bildungskonferenz: Bildung und Integration gemeinsam gestalten

Der Mannheimer Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ nimmt konkrete Formen an. Grundlage hierfür sind die Ergebnisse des 2. Mannheimer Bildungsberichts. Dieser hatte gezeigt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig von Bildungsungleichheit betroffen sind. Aufgrund dieser Situation hat das Bildungsdezernat von Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb einen Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ auf den Weg gebracht, der es sich zum Ziel gesetzt hat, durch langfristige kommunale Bildungsplanung Bildungsgerechtigkeit zu steigern und den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern. Nun liegen die Eckpunkte des Entwicklungsplans vor. Im Rahmen der 4. Mannheimer Bildungskonferenz wird Bildungsbürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb das Eckpunktepapier mit der Fachöffentlichkeit diskutieren.

„Allen Kindern und Jugendlichen muss die Chance eröffnet werden, einen ihren Fähigkeiten und Potenzialen entsprechenden Schulabschluss zu erlangen und ihre Potenziale zu entfalten. Der 2. Mannheimer Bildungsbericht hat uns zwar viele Erfolge aufgezeigt, gleichzeitig besteht aber noch weiterer Handlungsbedarf. Trotz der zahlreichen Bildungsangebote speziell für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bleiben diese immer noch deutlich hinter ihren Altersgenossen ohne Migrationshintergrund zurück. Das haben wir zum Anlass genommen, in einem ersten Schritt die bisherigen städtischen Bildungsangebote und -maßnahmen zusammenzutragen und ziel- und wirkungsgerichtet auszurichten“, erklärte Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb in ihrer Begrüßungsansprache. Ziel des Entwicklungsplans ist es, die kommunale Bildungspolitik interkulturell zu öffnen und auf überprüfbare Ziele auszurichten. Damit legt die Stadt Mannheim die Grundlage das Thema Bildung und Integration gemeinsam mit den Bildungsakteuren vor Ort langfristig zu bearbeiten und weiterzuentwickeln. „Integration durch Bildung und Beteiligung sind die beiden „Essentials“ einer modernen Zuwanderungsgesellschaft“, so Freundlieb.

In vier Fachforen diskutierten die über 270 Teilnehmer aus der Wissenschaft und Praxis, wie die Umsetzung vor Ort im frühkindlichen Bereich, im allgemeinbildenden und beruflichen Schulsystem sowie in non-formalen Lernwelten am Beispiel Jugendarbeit aussehen könnte.

Die Unterstützung junger Menschen mit Migrationshintergrund auf ihrem Bildungsweg ist eine politische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich neben Bund, Ländern und Kommunen viele Institutionen, Organisationen und Initiativen widmen.

In seinem Vortrag zum Thema „Kulturelle Vielfalt, Identität und Bildung“ bestärkte Prof. Dr. Klaus J. Bade das Mannheimer Engagement für Integration und möglichst gleiche Teilhabechancen, besonders im Bildungsbereich. Damit habe Mannheim zugleich verstanden, „dass es in einer Einwanderungsgesellschaft, die schon mehrere Generationen von Einwanderern umfasst, nicht mehr nur um ‚Integrationspolitik für Migranten‘ geht, sondern um teilhabeorientierte Gesellschaftspolitik für alle in der Stadt.“

Die Diskussion in den Fachforen der einzelnen Handlungsfelder im frühkindlichen, schulischen und non-formalen Bereich durch Vertreter der Praxis, der Verbände und der Verwaltung, nahm die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen in den Fokus und erarbeitete Anregungen für die Weiterentwick-

lung. „Wir wollen unsere zukünftige Arbeit daraufhin gemeinsam mit allen Partnern prüfen, ob die Stadt die richtigen Angebote und Rahmenbedingungen bereithält, um Menschen mit Migrationshintergrund gleiche Bildungschancen zu bieten“, betonte die Bürgermeisterin.

Die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney lobte das Vorgehen der Stadtverwaltung: „Mit dem Entwicklungsplan Bildung und Integration arbeitet die Stadt Mannheim erfolgreich an ihrer Integrationspolitik. Dabei stehen Wirkung und Nachhaltigkeit im Fokus.“ Das Ministerium für Integration fördert mit einer in diesem Sommer in Kraft getretenen Verwaltungsvorschrift die Integration in den Kommunen. Das Land stärkt Strukturen und Netzwerke sowie Elternarbeit und Antidiskriminierung. „Die aus zahlreichen Gesprächen mit kommunalen Akteuren gewonnenen Erkenntnisse sind in unser neues Förderprogramm eingeflossen. In diesem Jahr geben wir den Kommunen knapp drei Millionen Euro zur Förderung der Integrationsarbeit vor Ort“, erklärte sie.

Die Gemeinnützige Hertie-Stiftung freut sich, mit der Stadt Mannheim eine offene Partnerin für zukunftsweisende Programme zu haben. Geschäftsführerin Dr. Antje Becker erklärte: „In Mannheim können wir durch den flächendeckenden Einsatz von Ausbildungslotsen an Werkrealschulen den Übergang von der Schule in den Beruf intensiv und in einem guten Netzwerk begleiten, um Brüche an dieser Stelle der Bildungsbiographie zu verhindern.“

„Durch die systematische Zusammenarbeit mit allen Beteiligten und zugleich einer passgenauen Förderung der Jugendlichen unterstützen wir diese und tragen so zu mehr Chancengerechtigkeit bei“, so Becker weiter.

„Um die bildungs- und integrationspolitischen Pläne in Mannheim voranzubringen, wollen wir alle Kooperationspartner und deren Maßnahmen miteinbeziehen und gemeinsam den vorgelegten Entwicklungsplan auf die Ziele der Bildungsgerechtigkeit und Integration ausrichten. Dies war heute ein Schritt dahin und wir werden die Anregungen der breiten Fachöffentlichkeit aufnehmen“, schloss Dr. Ulrike Freundlieb die Bildungskonferenz ab.

Pressekontakt

Stadt Mannheim | Pinar Karacinar | Medienteam (Dezernat III: Bildung, Kinder, Jugend, Familie, Gesundheit) | Rathaus E5, 68159 Mannheim | Telefon: 0621 293-2916 | E-Mail: pinar.karacinar@mannheim.de

Impressum



STADT MANNHEIM

Stadt Mannheim
Fachbereich Presse und Kommunikation
Rathaus E 5
Postfach 10 30 51
Telefon: + 49 621 293-2910
Telefax: + 49 621 293-2912
E-Mail: medienteam@mannheim.de

Verantwortlich für den Inhalt: Bettina Schaub

Die Stadt Mannheim ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
Sie wird vertreten durch den Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz,
Rathaus E 5, 68159 Mannheim.
Umsatzsteuer-ID gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz:
DE 14384521

Alle Texte und Daten unterliegen dem Urheberrecht und dürfen nur nach schriftlicher Genehmigung der Stadt Mannheim weiterverwendet werden.

Service

Gendering: Aus Gründen der Lesbarkeit und Verständlichkeit haben wir möglichst die geschlechterneutrale und ansonsten die in der Umgangssprache übliche männliche oder weibliche Form verwendet.

Bildung und Integration

Die 4. Mannheimer Bildungskonferenz thematisiert Chancengleichheit

Vergangene Woche rückte die Veröffentlichung der aktuellen PISA-Studie das Thema Bildung einmal mehr in den Fokus der Öffentlichkeit. Die deutschen Schülerinnen und Schüler schnitten dieses Mal besser ab und landeten im Mittelmaß. Zufriedenstellend ist das Ergebnis dennoch nicht. Wie der Mannheimer Bildungsbericht zeigt, herrschen auch in der Quadratestadt alarmierende Ungleichheiten beim Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen – jene mit Migrationshintergrund haben es besonders schwer. Um die Situation in Mannheim schnellstmöglich zu ändern, entwirft das Dezernat für Bildung, Jugend und Gesundheit einen „Entwicklungsplan Bildung und Integration“ mit konkreten Handlungsempfehlungen. Vorgestellt und stadtweit diskutiert wird dieser auf der 4. Mannheimer Bildungskonferenz der AHA! Bildungs-offensive am Montag, den 16. Dezember, im Stadthaus N1.

Mit der Durchführung der Bildungskonferenz bietet die Stadt Mannheim auch dieses Jahr wieder bildungs-beteiligten Personen und Institutionen eine stadtweite Plattform für interdisziplinäre Kommunikation und Netzwerkarbeit. Eröffnet wird die Konfe-



Bei den Mannheimer Bildungskonferenzen wird das Thema Bildung ganzheitlich betrachtet.

FOTO: ANDREAS HENN

renz durch Dr. Ulrike Freundlieb, Bürgermeisterin für Bildung, Jugend und Gesundheit, Jutta Fuchs-Hornyak von KOMM Heidelberg führt anschließend durch das Programm. Nach Grußworten von Dr. Pia Gerber Geschäftsführerin der Freudenberg Stiftung, geben die Ausführungen von Migrationsforscher Prof. em. Dr. Klaus J. Bade aus Berlin einen Einstieg in die Thematik. Frau Dr. Tanja Mangold von der Stadt Mannheim wird den Entwicklungsplan

Bildung und Integration vorstellen. In vier Fachforen mit Schwerpunkten von frühkindlicher über schulische bis non-formale Bildung werden anschließend Handlungsempfehlungen und Umsetzungsansätze weiterentwickelt. Das Podiumsgespräch mit Bil-kay Öney, Ministerin für Integration Baden-Württemberg, Dr. Antje Becker, Geschäftsführerin Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Prof. em. Dr. Klaus J. Bade und Bürgermeisterin Dr. Ulrike

Freundlieb bildet den Abschluss der Konferenz.

Mit diesem Veranstaltungsformat ist es bisher gelungen, mit einer breiten (Fach-)Öffentlichkeit, auch über die Region hinweg, ein wichtiges Bildungsthema ganzheitlich zu betrachten und entscheidende Ergebnisse und Fragestellungen zur Bearbeitung weiterzugeben. Die vergangenen drei Bildungskonferenzen in Mannheim beschäftigten sich mit den Bildungsübergängen zwischen Kita, Grundschule, weiterführender Schule und Beruf, denn diese stellen für Kinder, Jugendliche und deren Eltern oft „kritische Lebensereignisse“ dar.

Die AHA! Bildungs-offensive koordiniert die Vernetzung zahlreicher Institutionen und Strategien und soll so zu einer optimal aufeinander abgestimmten Bildungslandschaft beitragen. Finanziert wird das Angebot mit Mitteln des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ und des Europäischen Sozialfonds.

Unterstützung bietet außerdem der deutschlandweit tätige Stiftungsverbund sowie vor Ort die Freudenberg Stiftung, die Mannheimer Abendakademie und die Stadtmarketing Mannheim GmbH. (red)



Bei der Bildungskonferenz diskutierten auf dem Podium die Experten zum Thema „Bildung und Integration“.

FOTO: ANDREAS HENN

Viele Erfolge, dennoch Handlungsbedarf

4. Mannheimer Bildungskonferenz: Bildung und Integration gemeinsam gestalten

Der Mannheimer Entwicklungsplan „Bildung und Integration“ nimmt konkrete Formen an. Grundlage hierfür sind die Ergebnisse des zweiten Mannheimer Bildungsberichts. Dieser hatte gezeigt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich häufig von Bildungsungleichheit betroffen sind.

Der Entwicklungsplan, den das Bildungsdezernat von Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb auf den Weg brachte, hat sich zum Ziel gesetzt, durch langfristige kommunale Planung Bildungsgerechtigkeit zu steigern und den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu fördern. Im Rahmen der vierten Mannheimer Bildungskonferenz diskutierte Bildungsbürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb das Eckpunktpapier mit der Fachöffentlichkeit diskutieren.

„Allen Kindern und Jugendlichen muss die Chance eröffnet werden, ei-

nen ihren Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss zu erlangen und ihre Potenziale zu entfalten. Der zweite Mannheimer Bildungsbericht hat uns zwar viele Erfolge aufgezeigt, gleichzeitig besteht aber noch weiterer Handlungsbedarf. Trotz der zahlreichen Bildungsangebote speziell für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bleiben diese immer noch deutlich hinter ihren Altersgenossen ohne Migrationshintergrund zurück. Das haben wir zum Anlass genommen, in einem ersten Schritt die bisherigen städtischen Bildungsangebote und -maßnahmen zusammenzutragen und ziel- und wirkungsgerichtet auszurichten“, erklärte Bürgermeisterin Dr. Ulrike Freundlieb.

In vier Fachforen diskutierten die über 270 Teilnehmer aus der Wissenschaft und Praxis, wie die Umsetzung vor Ort im frühkindlichen Bereich, im allgemeinbildenden und beruflichen Schulsystem sowie in non-formalen

Lernwelten am Beispiel Jugendarbeit aussehen könnte.

In seinem Vortrag zum Thema „Kulturelle Vielfalt, Identität und Bildung“ bestärkte Professor Dr. Klaus J. Bade das Mannheimer Engagement für Integration und möglichst gleiche Teilhabechancen. Damit habe Mannheim zugleich verstanden, „dass es in einer Einwanderungsgesellschaft, die mehrere Generationen umfasst, nicht mehr nur um Integrationspolitik für Migranten geht, sondern um teilhaborientierte Gesellschaftspolitik für alle in der Stadt“.

Die Diskussion in den Fachforen der einzelnen Handlungsfelder im frühkindlichen, schulischen und non-formalen Bereich durch Vertreter der Praxis, der Verbände und der Verwaltung nahm die vorgeschlagenen Handlungsempfehlungen in den Fokus und erarbeitete Anregungen für die Weiterentwicklung.

Das Ministerium für Integration för-

dert mit einer in diesem Sommer in Kraft getretenen Verwaltungsvorschrift die Integration in den Kommunen. Das Land stärkt Strukturen und Netzwerke sowie Elternarbeit und Antidiskriminierung. Die aus zahlreichen Gesprächen mit kommunalen Akteuren gewonnenen Erkenntnisse sind in das neue baden-württembergische Förderprogramm eingeflossen. In diesem Jahr bekommen die Kommunen knapp drei Millionen Euro zur Förderung der Integrationsarbeit vor Ort.

Die gemeinnützige Hertie-Stiftung freut sich, mit der Stadt Mannheim eine offene Partnerin für zukunftsweisende Programme zu haben. Geschäftsführerin Dr. Antje Becker erklärte: „In Mannheim können wir durch den flächendeckenden Einsatz von Ausbildungenslotsen an Werkrealschulen den Übergang von der Schule in den Beruf intensiv begleiten, um Brüche an dieser Stelle der Bildungsbiographie zu verhindern.“ (red)

KONTAKT ZUR AHA! BILDUNGSOFFENSIVE MANNHEIM

AHA! GESCHÄFTSSTELLE

FACHBEREICH BILDUNG
ABTEILUNG BILDUNGSPLANUNG / SCHULENTWICKLUNG
RATHAUS E5
68159 MANNHEIM

KARIN JERG

TELEFON: 0621 293-3526
FAX: 0621 293 -47 3526
E-MAIL: KARIN.JERG@MANNHEIM.DE

ULRIKE KLOSE

TELEFON: 0621 293-3525
FAX: 0621 293-47 3525
E-MAIL: ULRIKE.KLOSE@MANNHEIM.DE

WWW.AHA-MANNHEIM.DE

WWW.MANNHEIM.DE/BILDUNG-STAEKERN/BILDUNGSTAERKEN